

Pensionskassen sollen grüner anlegen

Die Klima-Allianz Schweiz verlangt von den Vorsorgewerken den Ausstieg aus fossilen Energieträgern. Doch diesen ist das zu radikal

Ueli Kneubühler

Fast 900 Mrd. Fr. verwalten die rund 1700 Pensionskassen in der Schweiz. Das entspricht weit mehr als der jährlichen Wirtschaftsleistung des Landes. Dieses Vorsorgekapital müssen die Kassen sicher und mit anständiger Rendite anlegen.

Die Anlagestrategien der Vorsorgeeinrichtungen stehen unter besonderer Beobachtung. Das Volksvermögen soll moralisch und ethisch bedenkenlos angelegt werden. Aktien von Waffen-, Rüstungs- oder Tabakherstellern sind verpönt. Und auch den CO₂-Abdruck sollen die Kassen möglichst klein halten. Anlagen in Öl, Kohle oder Gas sollen sie daher vermeiden. Das fordert die Klima-Allianz Schweiz, der 75 Organisationen angehören, darunter der VCS, WWF, Pro Natura oder die jungen Grünliberalen.

Ende 2016 hat die Vereinigung ihre Kampagne «Pensionskassen: Schluss mit fossilen Investitionen» lanciert. Nun doppelt sie nach. Laut einem von der Klima-

Allianz in Auftrag gegebenen Rechtsgutachten bei der Zürcher Kanzlei Niederer Kraft Frey gilt die treuhänderische Sorgfaltspflicht auch für Klimarisiken. Das heisst übersetzt: Pensionskassen müssen sich abzeichnende Verluste auf den Anlagen in Unternehmen der fossilen Energien aufspüren und vermeiden.

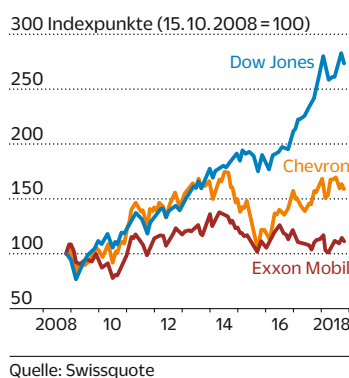
30 Prozent in Aktien

Laut Klima-Allianz geschieht dies noch zu wenig. Pensionskassen müssten jetzt handeln, den Klimawandel in ihre Anlagestrategie integrieren und sich ernsthaft mit der Umschichtung ihrer Wertschriften befassen, sagt Christian Lüthi, Geschäftsleiter der Klima-Allianz. «Nur so können Rentenverluste aufgrund von Fehlinvestitionen in veraltete fossile Technologien verhindert werden». Die Vereinigung beruft sich auf eine Studie des Bundesamts für Umwelt. Sie besagt, dass die durchschnittlichen Renten um 2 bis 4% tiefer ausfallen werden, wenn die Pensionskassen an ihrer Aktienanlagestrategie nichts än-

Die Öl-Raffinerie von Dangote Industries in der Nähe von Lagos soll eine der grössten der Welt werden. (Nigeria, Lagos, 5. Juli 2018)

Öl-Aktien abgehängt

Dow Jones und die Aktien von Exxon Mobil und Chevron in den letzten zehn Jahren



dern. Mehr als 30% der Gelder der Schweizer Pensionskassen sind aktuell in Aktien investiert.

Die Forderungen stammen nicht aus der Seide-Wolle-Bast-Ecke. Frankreich zum Beispiel hat in einer Gesetzesänderung institutionelle Anleger verpflichtet, Klimathemen obligatorisch offenzulegen. Im Schweizer Parlament ist ein Strauss entsprechender Vorstösse pendent.

Zuerst folgte jetzt aber die EU, sagt Sandro Leuenberger, Projektleiter Klima-Allianz Schweiz. «Die Richtlinien sind in Ausarbeitung. Schweizer Pensionskassen werden sich dem Prozess nicht entziehen können.»

In der Branche stossen die Forderungen auf Wohlwollen. «Dass Klimarisiken berücksichtigt werden, ist mehr als ein Trend und soll richtigerweise aufgenommen werden», sagt Markus Fuchs, Geschäftsführer des Fondsverbands SFAMA. Bei der Art und Weise der Umsetzung klaffen die Meinungen allerdings auseinander. Die Massnahmen sollten nicht als Zwang verordnet werden und

nicht in neue Auflagen münden. Eine Pensionskasse sei einzig und alleine den Versicherten Rechenschaft schuldig, so Fuchs. Ähnlich tönt es beim Pensionskassenverband Asip. Es sei falsch, den Kassen vorzuschreiben, nur noch in Titel zu investieren, die als klimaverträglich qualifiziert werden, so Asip-Direktor Hanspeter Konrad.

Bessere Performance

Doch ist der öffentliche Druck zur Berücksichtigung von Klimarisiken bei Pensionskassen gross. So investieren zum Beispiel Publica und BVK, die beiden grössten Pensionskassen des Landes, sowie die Genfer Pensionskasse nicht mehr in Kohleproduzenten. «Wenn die Rendite damit höher sein sollte, dann ist das natürlich begrüssenswert», so Fuchs vom Fondsverband. Indizes ohne entsprechende Aktien fossiler Energieträger schneiden tatsächlich oft besser ab.

Der MSCI ACWI ex Fossil Fuel bildet die Kurse grosser und mittelgrosser Aktien in 47 Ländern

ab - ohne Firmen, die im Öl-, Gas- und Kohlesegment tätig sind. In den letzten sieben Jahren hat er durchschnittlich 10,85% zugelegt und den Mutter-Index um jährlich knapp 1% outperformt.

Eindrücklicher ist der Blick auf einzelne Titel. Der US-Leitindex Dow Jones distanzierte über die letzten zehn Jahre die im Dow gelisteten Öl-Titel Chevron und Exxon Mobil um ein Vielfaches (siehe Grafik).

Dürften Pensionskassen nicht mehr in Öl- oder Kohlefirmen investieren, wären ihnen aber Produkte verwehrt, die Indizes wie den Dow Jones abbilden. Denn oft sind darin Aktien aus der Ölbranche gelistet. Für grosse Pensionskassen seien Anbieter bereit, passende Pakete zu kreieren, in denen keine Aktien von Unternehmen vorhanden sind, die mit fossilen Energiequellen geschäftlich verbunden sind, sagt Leuenberger von der Klima-Allianz Schweiz. Für kleine Pensionskassen ist die Auswahl allerdings noch beschränkt, weil sie in der Regel fertige Fonds kaufen.

Klimawandel gefährdet deutsche Küsten

Steigt der Meeresspiegel weiter an, sind deutsche Städte wie Hamburg bedroht. Die Politik scheut strengere Auflagen für den Klimaschutz. **Susanne Ziegert, Berlin**

Mit eindringlichen Worten hatte der Weltklimarat vor den Folgen einer ungebremsten Erderwärmung gewarnt. Ein entschiedenes Handeln sei notwendig, um den Temperaturanstieg bis Ende des Jahrhunderts auf 1,5 Grad zu limitieren. Nur so liesse sich die Zunahme von Naturkatastrophen und Extremwetterlagen einschränken, die ganze Landstriche entvölkern würden.

Auch in Deutschland drohen dramatische Auswirkungen im Fall einer stärkeren Erderwärmung. Nach einem unveröffentlichten Bericht des Deutschen Bundestages könnte an der Nord- und Ostsee ein ganzer Küstenabschnitt unbewohnbar werden.

Seit 1990 ist der Meeresspiegel demnach bereits um 20 Zentimeter geklettert, selbst bei einem weiteren Temperaturanstieg unter zwei Grad schwellen die Ozeane um bis zu einem halben Meter an. Wenn die Er-

wärmung höher ausfällt, steigt das Meer nach dem Bericht um bis zu 1,31 Meter.

Nicht nur Südseeinseln wie die Malediven würden dann unter den Wassermassen verschwinden, auch an der Nord- und Ostsee sind ganze Landstriche, die fünf Meter unter dem Meeresspiegel liegen, nicht mehr sicher. Sturmfluten und Überschwemmungen würden die Küsten unbewohnbar machen, ebenso wie zahlreiche Inseln. Bis 2010 könnten laut dem Bericht rund 3,2 Millionen Menschen in Norddeutschland ihr Zuhause verlieren. Städte wie Hamburg oder Cuxhaven sind von den Wassermassen bedroht. Extreme Gewitter, Stürme und Dürre mit gigantischen Waldbränden wie in diesem Sommer drohen in den südlicheren Landesteilen.

Politische Konsequenzen aus dieser Erkenntnis hat die Bundesregierung allerdings bisher nicht gezogen. Gerade betätigte sich die deutsche Umweltministerin Svenja Schulze (SPD) gegen ihre eigenen Überzeugungen in Brüssel als Bremserin bei dem Entscheid über die künftigen CO₂-Werte für Autos. Deutschland stellte sich gegen eine Absenkung



Hafen von Hamburg: Der Wasserspiegel ist bereits angestiegen.

der Treibhausgasemissionen bis 2030 um 40%, die viele Länder gefordert hatten. Am Ende liess sich der einstige Umweltpionier nur auf Druck der Verhandlungspartner auf eine Absenkung um 35% ein. «Um das 1,5-Grad-Ziel zu erreichen, hätte man eine weitere Reduktion der Grenzwerte um 50% beschliessen müssen», kommentiert die Klimaexpertin Claudia Kemfert vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung.

«Überdies sollte eine Elektroauto-Quote von 25% aller neu zugelassenen Fahrzeuge ab 2025 sowie 50% ab 2030 eingeführt werden», fordert Kemfert. Die Folgen des Klimawandels werden sich für Deutschland bis Mitte des Jahrhunderts laut ihren Schätzungen auf 1 bis 5% des Brutto- sozialprodukts belaufen. «Die Kosten des Handelns, also des Klimaschutzes, sind deutlich tiefer als die Kosten des Nichtan-

delns», so Kemfert. Allerdings hat die Bundesregierung wieder einmal die Interessen der Automobilindustrie vorangestellt. Laut hatte diese, an vorderster Front Dieselsünder Volkswagen, mit dem Abbau von 100 000 Arbeitsplätzen bei einer strengeren Regelung gedroht. Dabei hat gerade der Verkehrssektor Verspätung im Klimafahrplan.

Die Bundesrepublik wird deshalb das selbst gesetzte Ziel verfehlen, die Treibhausgasemissionen bis 2020 im Vergleich zu 1990 um 40% zu senken. Nach den jüngsten Prognosen wird stattdessen nur eine Absenkung um 32% erreicht. Damit gibt Deutschland zugunsten lautstarker Lobbygruppen seine Vorreiterrolle im Umweltschutz auf. 1990 hatte das Land als weltweit erstes die Förderung erneuerbarer Energien durch eine Einspeisevergütung eingeführt und setzte seine Energiewende um, doch der Elan hat nachgelassen.

«Die Energiewende ist erfolgreich gestartet, die Investitionskosten erneuerbarer Energien sinken», erklärt Kemfert. «Doch nun schlägt das fossile Imperium zurück.» Es gehe um die Konservierung der Vergangenheit, um

das möglichst lange Aufrechterhalten alter Geschäftsmodelle, kritisiert Klimaexpertin Kemfert.

Erst im letzten Jahr verschlechterte sich die Bilanz des Verkehrssektors erneut durch eine steigende Zahl von Autos auf den Strassen und mehr Lastwagenfahrten durch die florierende Konjunktur. Auch in der Industrie führte die höhere Produktion zu steigenden Abgaswerten.

Dagegen liegt die Abfallwirtschaft auf der Zielgeraden, der Energiesektor schnitt durch einen höheren Anteil erneuerbarer Energien besser ab. In der Energiebranche ist das Einsparpotenzial auch künftig hoch, denn noch immer sorgt sie für ein Viertel der Treibhausgase. Nur mit einem zügigen Ausstieg aus der Verstromung von Kohle wäre es laut dem Institut für Wirtschaftsforschung möglich, das langfristige Klimaziel für 2030 zu erreichen. Eine Regierungskommission berät nun über das Ende des Kohleabbaus.

Doch die IG Bergbau Chemie, eine der mächtigsten deutschen Gewerkschaften, stellt sich dagegen. Auch der Chef des Energiekonzerns RWE drohte mit einer Klage. Schlechte Aussichten für die Küstenbewohner.